

SATZUNG

ST. LUKAS KINDERGARTENVEREIN E.V.

§ 1 Name, Sitz und Verbandszugehörigkeit

- (1) Der Verein führt den Namen „St. Lukas Kindergartenverein e. V.“. Er hat seinen Sitz in Regensburg und ist in das Vereinsregister einzutragen.
- (2) Der Verein gehört im Sinne der Durchführungsbestimmungen zum Kirchengesetz über die Innere Mission in Bayern dem Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern – Landesverband der Inneren Mission e. V. an und ist damit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen. Er ist Mitglied beim Landesverband Evangelischer Kindertagesstätten in Bayern e. V.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung vom 16.3.1976. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Eingebettet in die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde St. Lukas Regensburg verfolgt der Verein die diakonische Aufgabe einer familienergänzenden Erziehung und Bildung des Kindes durch die Trägerschaft eines nach den anerkannten Grundsätzen des christlichen Glaubens und der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern geführten Kindergartens oder einer vergleichbaren Einrichtung zur Betreuung von Kindern. Der Verein ist verpflichtet, bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das kirchliche Arbeitsrecht einschließlich der entsprechenden Arbeitsrechtsregelungen zur Vergütung für die Verfasste Kirche der Evang.-Luth. Kirche in Bayern anzuwenden.
- (3) Nach Maßgabe der Absätze (1) und (2) kann die Mitgliederversammlung mit Dreiviertel der abgegebenen Stimmen die Aufnahme anderer als der oben genannten Aufgaben beschließen.

§ 3 Selbstlosigkeit

- (1) Alle Mittel des Vereins, auch etwaige Gewinne, sind für seine satzungsmäßigen Zwecke gebunden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten weder bei ihrem Ausscheiden noch bei Auflösung des Vereins irgendwelche Anteile am Vereinsvermögen. Die Bestimmungen von §13 bleiben davon unberührt.
- (2) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Aufwandsentschädigungen begünstigt werden.

§ 4 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Vereins sind die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Lukas Regensburg und die Evangelisch-Lutherische Gesamtkirchengemeinde Regensburg.
- (2) Weiter können Mitglieder werden:
 - a. natürliche Personen, die den Zweck des Vereins nach §2 dieser Satzung anerkennen und fördern wollen. Sie sollen einer in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bayern zusammengeschlossenen Kirche angehören.
 - b. juristische Personen, die den Zweck des Vereins nach §2 dieser Satzung anerkennen und fördern wollen
- (3) Über die Aufnahme von neuen Mitgliedern, wofür eine schriftliche Beitrittserklärung die Voraussetzung ist, entscheidet der Vorstand. Gegen die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand, die nicht begründet werden braucht, steht dem Bewerber die Berufung an die nächste Mitgliederversammlung zu. Diese entscheidet endgültig.
- (4) Mitglieder, die ihrer Beitragspflicht trotz zweimaliger Mahnung nicht nachkommen oder die sonst den Interessen des Vereins zuwiderhandeln, insbesondere durch Austritt aus einer ACK-Kirche, können durch Beschluss des Vorstands ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist schriftlich zu begründen. Gegen den Ausschluss steht dem Betroffenen die Berufung an die nächste Mitgliederversammlung zu. Diese entscheidet endgültig.
- (5) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Vorstand. Bei Austritt ist der Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr noch zu entrichten.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.

§ 6 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 7 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder mindestens 1/3 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Zweck und Gründen verlangt.
- (2) Die Einladung zu den Mitgliederversammlungen erfolgt mindestens 10 Kalendertage vor der Versammlung schriftlich mit Tagesordnung an jedes Mitglied. Die Versammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, einberufen und geleitet.
- (3) Anträge an die Mitgliederversammlung müssen mindestens 14 Kalendertage vorher schriftlich beim Vorstand eingereicht werden. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass nicht fristgerecht eingereichte Anträge behandelt werden.
- (4) Der Mitgliederversammlung obliegen
 - a. Die Wahl des 2. Vorsitzenden, des Schriftführers und des Kassiers.
 - b. die Genehmigung des Jahresberichts, der Jahresrechnung und des Haushaltsplanes
 - c. die Entlastung des Vorstands
 - d. die Wahl der Rechnungsprüfer
 - e. die Beratung und Beschlussfassung über Anträge
 - f. die Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Aufgaben gemäß §2 Absatz 3 dieser Satzung
 - g. die Beschlussfassung über die Berufung gegen Entscheidungen des Vorstands den Beitritt oder den Ausschluss von Mitgliedern betreffend
 - h. die Abberufung eines gewählten Vorstandsmitglieds
 - i. der Beschluss über die Festsetzung des Mitgliedsbeitrags
 - j. die Beschlussfassung über Satzungsänderungen
 - k. die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins
- (5) Beschlüsse werden – ausgenommen Beschlüsse nach § 2, (3) dieser Satzung – mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (6) Beschlüsse über Satzungsänderungen oder über die Auflösung des Vereins bedürfen der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen. Diese Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und des Diakonischen Werkes Bayern.
- (7) Abstimmungs- und wahlberechtigt sind alle Mitglieder. Die juristischen Personen werden durch ihren Vertreter oder durch einen Bevollmächtigten vertreten. Im Übrigen ist eine Vertretung der Mitglieder nicht zulässig.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus
 - a. dem 1. Vorsitzenden,
 - b. dem 2. Vorsitzenden,
 - c. dem Schriftführer,
 - d. dem Kassier,
 - e. einem Mitglied der Geschäftsführung der Evang.-Luth. Gesamtkirchenverwaltung Regensburg.

- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Gewählt werden kann nur, wer Mitglied im Verein ist und einer der in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bayern zusammengeschlossenen Kirchen angehört
- (3) Der 1. Vorsitzende ist der Pfarramtsführer der Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Lukas Regensburg. Das Vorstandsmitglied nach §9, 1 e dieser Satzung wird von der Geschäftsführung der Evangelisch-Lutherische Gesamtkirchenverwaltung Regensburg benannt.
- (4) Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
- (5) Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Vereinsgeschäfte. Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind, insbesondere:
- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung
 - sowie Aufstellung der Tagesordnung;
 - Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
 - Vorbereiten des Haushaltsplanes des Kindergartens,
 - Buchführung des Vereins,
 - Erstellung des Jahresberichtes;
 - Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern;
 - Beschlussfassung über Personalangelegenheiten.
- (6) In allen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung soll der Vorstand eine Beschlussfassung der Mitgliederversammlung herbeiführen.
- (7) Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstands vertreten. Dem Verein gegenüber sind die fünf Vorstandsmitglieder an die Beschlüsse des Vorstands und der Mitgliederversammlung gebunden.
- (8) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung einen Nachfolger bestimmen.

§ 10 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands

- (1) Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, einberufen werden. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des 2. Vorsitzenden.
- (3) Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

§ 11 Rechnungsprüfung

- (1) Von der Mitgliederversammlung werden auf die Dauer von 4 Jahren zwei Rechnungsprüfer gewählt. Sie gehören nicht dem Vorstand an.

(2) Die Rechnungsprüfer prüfen nach Ablauf des Geschäftsjahres die Rechnungen des Vereins und erstatten der Mitgliederversammlung über das Ergebnis Bericht. Sie können unvermutet die Kasse prüfen.

§ 12 Beurkundung der Beschlüsse

Die Beschlüsse des Vorstands und der Mitgliederversammlung werden protokollarisch niedergelegt und die Niederschriften vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer unterzeichnet.

§ 13 Anfallsberechtigung

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen nach Abzug der bestehenden Verbindlichkeiten an die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Lukas mit der Auflage, es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des §2 dieser Satzung zu verwenden.

§ 14 Sprachform

Der in dieser Satzung verwendeten männlichen Sprachform entspricht gleichberechtigt die weibliche Sprachform.

Diese Satzung wurde in der Gründungsversammlung am 27. November 2006 beschlossen.